

**Gemeinderat - Ö - vom 12.04.2011**  
**1) TOP Bürger fragen**

---

Keine.

## 2) TOP 60-020/11 Energieagentur Schwarzwald-Baar-Kreis - Bericht

---

Ralf Ellenberger/Energieagentur Schwarzwald-Baar-Kreis informiert den Gemeinderat mit einer PowerPoint-Präsentation über das Leistungsportfolio der Energieagentur für die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg und insbesondere über seine Tätigkeit in der Energieagentur Schwarzwald-Baar-Kreis GbR, einer Niederlassung der Energieagentur für die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg GmbH. Diese führt Beratungen in der Außenstelle des Landratsamtes in Donaueschingen, im Landratsamt Villingen-Schwenningen und im Rathaus in St. Georgen durch. Zu den wesentlichen Aufgaben zählen die Beratung von Kommunen bei der Einführung eines kommunalen Energiemanagements, beim Neubau kommunaler Liegenschaften, Schulung des Hausmeisterpersonals, Beratung von Schulen im Sinne von Energieeinsparungen, Beratung der Bürger in Bezug auf Energieeinsparungen durch Nutzung erneuerbarer Energien, Einsatz energieeffizienter Technologien, Einsparungsmöglichkeiten beim Bauen und Sanieren sowie in der Ausgestaltung einer effizienten Wärmeversorgung; ebenso hinsichtlich möglicher Förderprogramme und hinsichtlich der Möglichkeiten des European Energy Award als Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren im Sinne einer nachhaltigen Energie- und Klimaschutzpolitik.

Beschluss:

Der Bericht von Herrn Ellenberger wird zur Kenntnis genommen.

### 3) TOP 10-045/10 Gedenkstätte für im Dienst verstorbene Soldaten

---

Oberbürgermeister Thorsten Frei: Der Vorschlag der Verwaltung gehe auf die Initiative eines Offiziers des Jägerbataillons 292 zurück. Er habe diese gerne aufgegriffen. Mit der Schaffung der Gedenkstätte auf dem Ehrenfriedhof in Allmendshofen sei diese für eine breite Öffentlichkeit präsent. Dort werde jeweils am Volkstrauertag unter Beteiligung deutscher und französischer Soldaten der Toten der beiden Weltkriege gedacht. In dieses Gedenken könnten bei Realisierung der Lösung auf dem Ehrenfriedhof in Allmendshofen künftig auch die im Dienst verstorbenen Soldaten der deutschen und der französischen Garnison einbezogen werden.

Stadtrat Karrer: Die SPD-Fraktion sei mit der Schaffung der vorgeschlagenen Gedenkstätte grundsätzlich einverstanden; ebenso mit dem Standort auf dem Ehrenfriedhof in Allmendshofen. Nicht einverstanden sei die Fraktion mit dem Textvorschlag. Dieser beinhalte zuviel Pathos. Seine Fraktion schlage folgenden Text vor: „Im Gedenken an die Soldaten des Standorts Donaueschingen, die im Dienst ihr Leben verloren haben.“

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Donaueschingen“

Stadtrat Blaurock: Die Grünen-Fraktion sei mit der Gedenkstätte und dem Standort ebenfalls einverstanden. Hinsichtlich des Textes schließe sie sich dem Vorschlag der SPD-Fraktion an.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Auch die FDP-Fraktion sei mit der Gedenkstätte und dem Standort einverstanden. Sie stehe auch voll hinter dem Textvorschlag, der für eine Gedenkstätte dieser Art sehr gut passe.

Stadtrat Hall: Auch die CDU-Fraktion stimme der Gedenkstätte und dem vorgeschlagenen Standort zu. Den von der Verwaltung gemachten Textvorschlag finde sie gut und gelungen.

Oberbürgermeister Thorsten Frei: Der Textvorschlag beinhalte keineswegs ein falsches Pathos. Es handle sich dabei um ein Bibelzitat. Dass bei einer Gedenkstätte dieser Art eine Verbindung zu den christlichen Wurzeln hergestellt werde, halte er für richtig und angemessen. Obwohl es für den Dienst in der französischen Armee und in der deutschen Bundeswehr eine Wehrpflicht nicht mehr gebe, handle es sich in beiden Ländern um eine Parlamentsarmee. Dies bedeute, dass das jeweilige Parlament und nicht eine Einzelperson über den Einsatz der Truppe entscheide. Die Soldaten seien also im Auftrag des deutschen und des französischen Volkes im Einsatz. Wenn sie bereit seien, dafür ihr Leben zu geben, sei dies etwas anderes, als wenn beispielsweise jemand bei Ausübung der beruflichen Tätigkeit sterbe.

Stadtrat Kühn: Er sei durch die Argumentation von Herrn Stadtrat Karrer sehr aufgewühlt und deshalb augenblicklich nicht in der Lage, dieser Argumentation sachlich in der notwendigen Weise entgegenzutreten. Die Kameradschaft in der Bundeswehr und das Zusammenstehen in schwierigen Situationen habe aber große Bedeutung. Dieser werde das gewählte Bibelzitat in vollem Umfang gerecht.

Beschluss:

1. Dem Antrag von Herrn Stadtrat Karrer (Änderung des Textes) wird nicht zugestimmt.

(9 Ja, Mehrheit Nein)

2. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.  
(7 Enthaltungen, Rest Ja)

#### **4) TOP 20-010/11 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

(einstimmig)

## 5) TOP 32-004/11 Verkehrskonzept - Erweiterung Zone 30

---

Bürgermeister Bernhard Kaiser: Möglichkeiten, die Geschwindigkeiten im Straßenverkehr flächenhaft zu reduzieren, gebe es seit Mitte der 1980er-Jahre. Die Stadtverwaltung habe damals sehr schnell Konzepte zur Umsetzung vorgelegt. Das innerstädtische Verkehrskonzept sei mehrere Jahre intensiv beraten und 1989 mit den beiden Schleifen am Rathausplatz in die heutige Form gegossen worden. Eine kleinere Modifikation habe es vor ein paar Jahren mit der Öffnung des Rathausplatzes in der Relation Karlstraße – Käferstraße und Mühlenstraße gegeben. Die Begrenzung der Geschwindigkeit auf 30 km/h im Innenbereich sei heute eine allgemein akzeptierte Lösung. Es empfehle sich nicht, 30 km-Zonen punktuell auszuweisen. Die Verwaltung habe im April 2009 ein Konzept zur Erweiterung der bestehenden Zonen vorgelegt. Der Technische Ausschuss habe damals dem Verwaltungsvorschlag nicht zugestimmt. Aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion liege in der heutigen Sitzung das 2009 erarbeitete und vom Technischen Ausschuss abgelehnte Konzept zur erneuten Beratung vor.

Stadtrat Hall: Er danke der Verwaltung, dass sie das Konzept von 2009 jetzt dem Gemeinderat zur erneuten Beratung vorlege. Der Vorschlag zur Ausweitung der Tempo 30-Zonen und der Rechts-vor-links-Regelung in diesen Zonen sei auch sehr gut geeignet, die gewünschte Reduzierung des Durchgangsverkehrs in der Innenstadt zu erreichen. Damit könne die Attraktivität der Innenstadt deutlich gesteigert werden. Die CDU-Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Die Einbeziehung der Dürrheimer Straße vom Kaiserkreisel bis zum Feuerwehrgerätehaus werde allerdings als nicht zwingend angesehen. Die Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung einschließlich einer konsequenten Rechts-vor-links-Regelung bringe auch mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer. Die CDU-Fraktion empfehle aber, die bisherige Verkehrsregelung an der Einmündung der Schulstraße in die Karlstraße als Ausnahmeregelung beizubehalten. Dafür gebe es gute Gründe. An der Stadtkirche werde die neue Regelung zeitweise zu einem Rückstau in der Karlstraße führen. Sofern dies zu gravierenden negativen Ergebnissen führe, könne die Lösung auch wieder korrigiert werden. Insgesamt sollte sich der Gemeinderat aber mit der Ausweitung der 30er-Zone nicht zufrieden geben. Es müsse vielmehr das Ziel sein, die Attraktivität der Innenstadt weiter zu steigern. Eine Lösung in diesem Sinne könne beispielsweise mit einer anderen Gestaltung des Platzes am Hanselbrunnen erreicht werden. Er halte es für möglich, dort durch geeignete Maßnahmen die Aufenthaltsqualität zu verbessern. In dieser Hinsicht sehe er Handlungsbedarf. Die Verwaltung sollte deshalb Vorschläge in diesem Sinne erarbeiten und diese dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen vorlegen. Ziel müsse es sein, die Realisierung möglichst im Frühjahr 2012, also noch rechtzeitig vor den Heimattagen, umzusetzen.

Stadtrat Karrer: Aus Sicht der SPD-Fraktion entwickle sich die Angelegenheit jetzt in die richtige Richtung. Er könne allerdings nicht nachvollziehen, aus welchem Grund der Gemeinderat eine Entscheidung zur Fürstenbergstraße nicht bereits in der letzten Sitzung getroffen habe. Wenn hinsichtlich des Verkehrskonzepts Korrekturbedarf bestehe, sehe er einen solchen am ehesten am Rathausplatz. Dessen Öffnung in Richtung Mühlenstraße und Käferstraße habe die Verkehrssituation nicht verbessert, sondern verschlechtert. Deshalb halte er es für zwingend notwendig, diese Situation im Gemeinderat nochmals eingehend zu beraten. Dem Vorschlag der CDU-Fraktion, die Dürrheimer Straße vom Kaiserkreisel bis zum Feuerwehrgerätehaus von der Zone 30-Regelung auszunehmen, könne die SPD-Fraktion zustimmen.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Die FDP-Fraktion halte den Verwaltungsvorschlag im Kern für gut. Sie werde diesem deshalb zustimmen. Im Zusammenhang mit der Neuregelung müsse aber geprüft werden, ob der „Schilderwald“ nicht deutlich reduziert werden könne. Aus Sicht der

FDP-Fraktion könne das genannte Teilstück der Dürrheimer Straße in der 30 km-Zone verbleiben. Über Änderungen am Rathausplatz könne nochmals diskutiert werden. Das bestehende Verkehrsproblem könne aber nicht ausschließlich mit einer Verringerung der Geschwindigkeiten im Stadtzentrum reduziert werden. Mit dieser Lösung müsse vielmehr eine Verbesserung des Verkehrsflusses auf dem inneren Ring einhergehen. Die FDP-Fraktion wiederhole deshalb ihren Antrag, das Linksabbiegen dort zuzulassen, auf die entsprechende Ampelphase aber zu verzichten. Die FDP-Fraktion werde ihren entsprechenden Antrag argumentativ unterlegen und bei der Verwaltung schriftlich einreichen. Auf jeden Fall halte es die FDP-Fraktion für notwendig, die Beschleunigung des Verkehrs auf dem inneren Ring in das Gesamtkonzept einzubeziehen. Ebenfalls seien Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Radfahrer dazu gebracht werden, sich an die geltenden Verkehrsregeln zu halten.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Wenn der Gemeinderat daran interessiert sei, die Attraktivität der Innenstadt zu steigern, müsse er dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Es sei notwendig, das Verkehrskonzept der Verkehrsentwicklung anzupassen. Es sei deshalb sinnvoll, das Konzept von 1989 auf den Prüfstand zu stellen und weiter zu entwickeln. Die GUB-Fraktion unterstütze den Vorschlag der CDU-Fraktion, weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt zu entwickeln. Zugestimmt werde auch dem CDU-Vorschlag, das Teilstück der Dürrheimer Straße zwischen Kaiserkreisel und Feuerwehrgerätehaus aus der 30 km-Zone herauszunehmen.

Stadtrat Blaurock: Bei der breiten Zustimmung des Gemeinderates zum Verwaltungsvorschlag stelle sich für ihn die Frage, aus welchen Gründen der Technische Ausschuss das Konzept bei der Beratung im April 2009 abgelehnt habe. Die Fraktion Die Grünen bleibe bei dem Standpunkt, den sie in der genannten TA-Sitzung vertreten habe. Hinsichtlich der Umgestaltung am Platz am Hanselbrunnen müsse er die allgemeine Euphorie etwas dämpfen. Die bisher gemachten Erfahrungen seien so, dass alles, was bisher gemacht worden sei, sich eher als nachteilig erwiesen habe.

Stadtrat Fischer: Probleme sehe er auch bei einer Änderung der bisherigen Vorfahrtsregelung an der Einmündung der Moltkestraße in die Karlstraße. Bei einer Rechts-vor-links-Regelung sei ein starker Rückstau in den Kreuzungsbereich bei der Stadtkirche zu befürchten. Er halte deshalb auch dort eine Ausnahme von der Rechts-vor-links-Regelung für zwingend notwendig. Probleme bei einer durchgängigen Rechts-vor-links-Regelung sehe er auch bei einigen Sackgassen; beispielsweise im Parkweg und im Bereich der Mühlenstraße. Dort könnten Autofahrer auf der Mühlenstraße bzw. in der Fürstenbergstraße unter Umständen davon ausgehen, dass sie sich auf der Vorfahrtsstraße befänden. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass auch die stadtauswärts führenden Straßen in die 30 km-Zonen einbezogen werden. Im Sinne einer Verkehrsentlastung müsse eigentlich gewährleistet werden, dass der stadtauswärts fahrende Verkehr zügig abfließen könne. Große Probleme sehe er auch in Bezug auf die Rechts-vor-links-Regelung an bestimmten Straßeneinmündungen, so beispielsweise an der Einmündung der Linsenöschstraße in die Villinger Straße. Hier sei zu befürchten, dass größere Verkehrsströme dadurch in Nebenstraßen abgedrängt werden und es dort zu erheblichen Belastungen für die Straßenanlieger komme.

Hubert Zimmermann (auf Frage von Stadtrat Fischer): Die vorgeschlagene Ausweitung der 30 km-Zonen sei mit der Polizei abgesprochen. Diese habe das Konzept begrüßt. Hinsichtlich der Rechts-vor-links-Regelung bei Sackgassen seien rechtliche Probleme nicht zu sehen. Die Straßenverkehrsordnung sehe eine Unterordnung nur dann vor, wenn bei Sackgassen der Randstein abgesenkt sei. Eine solche Situation gebe es nur bei der Einmündung des Burgweges in die Karlstraße.

Stadtrat Greiner: Bei der Einmündung der Eilestraße in die Mühlenstraße gebe es eine durchlaufende Wasserrinne. Diese vermittele Autofahrern unter Umständen den Eindruck, dass die einmündende Straße untergeordnet sei. Eine ähnliche Situation gebe es auch am Postplatz durch die vorhandene Pflasterung. Insbesondere Ortsunkundige würden damit unter Umständen Probleme haben.

Stadtrat Karrer: Er halte es nicht für sinnvoll, über Möglichkeiten zur Verringerung des Durchgangsverkehrs zu diskutieren, solange die aus seiner Sicht unbefriedigende Situation am Rathaus nicht gelöst sei. Deshalb halte er die Beauftragung der Verwaltung, Konzepte für die Gestaltung des Platzes am Hanselbrunnen zu entwickeln, zum jetzigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll.

Oberbürgermeister Thorsten Frei: Er sei überzeugt, dass das neue Konzept zu einer besseren Lösung führen werde. Er sehe bei einzelnen Punkten aber durchaus noch Diskussionsbedarf. Wichtig sei aber das Gesamtkonzept. Er werde über die Beschlussvorschläge einzeln abstimmen lassen. Zur Wortmeldung von Herrn Karrer sei anzumerken, dass immer über alles geredet werden könne. Er halte es aber nicht für zielführend, die Situation am Rathausplatz zu ändern. Bei den zu treffenden Entscheidungen zur Innenstadtentwicklung seien immer die Interessen aller Akteure im Blick zu behalten. So führe die Verringerung des Straßenverkehrs zwar zu einer Erhöhung der Aufenthaltsqualität, habe aber im Gegenzug negative Auswirkungen auf den Einzelhandel. Wenn am Rathausplatz der Autoverkehr ganz oder teilweise herausgenommen werde, würden die Einzelhandelsgeschäfte in den Nebenstraßen dadurch negativ tangiert. Aus Sicht des Einzelhandels sei es wichtig, dass alle Geschäfte auch mit dem Auto erreichbar seien. Dabei sei es nicht erforderlich, dass die entsprechende Zufahrt komfortabel gestaltet sei.

Im Prinzip werde von allen Fraktionen das Ziel verfolgt, den Verkehr im Stadtzentrum zu reduzieren und die Innenstadt dadurch attraktiver zu gestalten. Die Überlegungen hinsichtlich einer anderen Gestaltung des Platzes am Hanselbrunnen dienen diesem Ziel ebenfalls. Die Vorschläge und die Diskussionen hierzu würden auf jeden Fall ergebnisoffen gestaltet.

Beschluss:

1. Dem Vorschlag der CDU-Fraktion, die Verwaltung mit der Erarbeitung von Vorschlägen für eine andere Gestaltung des Platzes am Hanselbrunnen zu fertigen und diese im Gemeinderat noch vor der Sommerpause zu beraten, wird zugestimmt.

(Mehrheit ja, 2 Enthaltungen)

2. Dem Vorschlag der CDU-Fraktion, die Einmündung der Schulstraße in die Karlstraße von der Rechts-vor-links-Regelung auszunehmen, wird zugestimmt.

(Mehrheit ja, 10 Nein-Stimmen)

3. Dem Vorschlag von Herrn Stadtrat Fischer, auch die Einmündung der Moltkestraße in die Karlstraße von der Rechts-vor-links-Regelung auszunehmen, wird zugestimmt.

(Mehrheit ja, 7 Nein-Stimmen)

4. Dem Antrag der SPD-Fraktion, das Teilstück der Dürrheimer Straße zwischen Kaiserkreisel und Feuerwehrgerätehaus nicht in die 30

km-Zone einzubeziehen, wird zugestimmt.

(16 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen)

5. Der von der Verwaltung vorgeschlagenen Ausweitung der Zone 30 wird mit Ausnahme des Teilstücks der Dürzheimer Straße zwischen Kaiserkreisel und Feuerwehrgerätehaus zugestimmt.

(2 Enthaltungen)

6. Der konsequenten Einführung der Rechts-vor-links-Regelung in der Zone 30 wird mit Ausnahme der Einmündungen Moltkestraße und Schulstraße in die Karlstraße zugestimmt.

(2 Enthaltungen)

7. Der Wiedervorlage der Neugestaltung der Kreuzungen Parkweg / Sennhofstraße / Fürstenbergstraße im Technischen Ausschuss wird zugestimmt.

(2 Enthaltungen)

**6) TOP 60-029/11 Erschließung Baugebiet Schützenberg / Planungskosten -  
außerplanmäßige Ausgabe**

---

Stadtrat Durler: Die FDP-Fraktion werde hinsichtlich der Wasserversorgung einen schriftlichen Antrag einreichen.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## **7) TOP 60-026/11 Neugestaltung Rathausplatz / Aasen - Vergabe**

---

Herr Bunse (auf Anfrage von Stadtrat Rolle): Es seien alle Leistungen ausgeschrieben. Das günstige Ausschreibungsergebnis sei durch die frühzeitige Ausschreibung erreicht worden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.  
(einstimmig)

## **8) TOP 60-027/11 Geisinger Straße, Aufwertung Ortsmitte / Pfohren - Vergabe**

---

Oberbürgermeister Thorsten Frei: Aufgrund der von Straßenanliegern geäußerten Befürchtung einer erhöhten Lärmbelästigung durch den gepflasterten Bereich sei ein Pflaster mit einer gestockten Oberfläche ausgewählt worden. Dadurch würden sich Mehrkosten in Höhe von 8.000 € ergeben.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.  
(einstimmig)

## **9) TOP 60-025/11 Kronenstraße / Donaueschingen - Vergabe Kanalerneuerung**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

## **10) TOP 80-006/11 Gebühren KMS und Stadtbibliothek - Vorschlag zur Anpassung**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**11) TOP 80-007/11 100 Jahre Gesellschaft der Musikfreunde 2013 -  
Sonderzuschuss und allgemeine Förderungsanpassung**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**12) TOP 4-036/11 Beethovenstraße, 3. BA, Donaueschingen und Alpenblick,  
Heidenhofen - Vergabe**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**13) TOP 4-037/11 Beethovenstraße, 4. BA / Donaueschingen - Vergabe  
Kanalerneuerung**

---

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

#### **14) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes**

---

Keine.